

Betreff:

Öffnung von Schulhöfen - bestehende Beschlüsse besser umsetzen
- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 21.01.2026 -

Antragstext:

Die Stadt Wiesbaden hat bereits mit Magistratsbeschluss Nr. 1033 vom 27.06.1972 sowie der ergänzenden Regelung von 1979 festgelegt, dass Schulhöfe und Schulsportplätze in der unterrichtsfreien Zeit grundsätzlich als Spiel- und Aufenthaltsflächen für Kinder und Jugendliche freigegeben werden sollen. Diese Beschlüsse sind weiterhin gültig.

Mit Beschluss vom 29.06.2023 (Antrag 23-F-63-0081) wurde der Magistrat beauftragt, über den Stand der Schulhoföffnungen zu berichten. Der Bericht vom Dezember 2023 zeigt, dass trotz dieser Beschlusslage viele Schulhöfe weiterhin nicht oder nur eingeschränkt geöffnet sind. Gleichzeitig besteht - insbesondere in innerstädtischen Quartieren - weiterhin ein erheblicher Mangel an Aufenthalts- und Bewegungsflächen für Kinder und Jugendliche, der durch bestehende Angebote und die Arbeit der AG Plätze nicht ausreichend gedeckt wird.

Der Ausschuss Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, wie das im Bericht zu Antrag 23-F-63-0081 unter Punkt 4 genannte Projekt eines gemeinsam genutzten Schulhofes verlaufen ist und wie es bewertet wurde.
2. zu berichten, ob es seit Vorlage des Berichts vom Dezember 2023 weitere Schulhoföffnungen gegeben hat und wenn ja, an welchen Standorten.
3. zu den im Bericht vom Dezember 2023 genannten Bedenken der Schulleitungen Vorschläge zu erarbeiten, wie diesen begegnet und möglichst viele davon ausgeräumt werden können.
4. zu prüfen, inwieweit Schulhöfe gegebenenfalls begrenzt nur für bestimmte Gruppen oder Aktivitäten freigegeben werden können und unter welchen Bedingungen dies möglich wäre.

Wiesbaden, 21.01.2026

André Weck
Sozialpolitischer Sprecher
CDU-Fraktion

Melanie Völker
Fraktionsreferentin
CDU-Fraktion

Sebastian Rutten
Sozialpolitischer Sprecher
FDP-Fraktion

Frank-Julian Lube
Fraktionsreferent
FDP-Fraktion